

Priwall: Neuer Wirbel um das Waterfront-Projekt



Das Waterfront-Projekt soll am Passathafen entstehen (oben links). Reicht die Kapazität der Priwallfähren für den erwarteten Ansturm der Urlaubsgäste? Der große Komplex rechts im Bild ist der Rosenhof.

Lübeck - Für das Waterfront-Projekt auf dem Priwall hat die Politik unlängst grünes Licht gegeben. Die Gegner dieses Vorhabens sehen aber weiterhin eine Chance, das Projekt zu stoppen oder die Dimension von rund 2000 neuen Betten abzuspecken.

Hoffnung macht ein von der BIP (Bürgerinitiative behutsame Priwallentwicklung) beauftragter Verkehrsplaner. Dietrich Stempel warnt, dass die verkehrliche Infrastruktur auf dem Priwall diesem zu erwartenden Gästeansturm nicht gewachsen ist. „Das wird brisant. Es gibt durchaus rechtsrelevante offene Fragen, denen der Bebauungsplan noch standhalten muss.“

Selbst Ulrich Pluschkell, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft und Stadtverkehr-Aufsichtsrat, räumt ein, dass im Fall der Fälle der Investor weniger Betten bauen müsse, falls es keine verkehrsplanerischen Lösungen gebe. Darüber sei es aber noch viel zu früh zu entscheiden, denn erst mit der Auslage des B-Plan-Entwurfs im Frühjahr 2012 gebe es eine echte Diskussionsgrundlage. „Die Verwaltung ist ganz einfach noch nicht so weit. Es gibt noch keine verwertbaren Zahlenspiele“, so Pluschkell.

Stempel kann aber sehr wohl mit Zahlen aufwarten und prognostiziert für die Tage des Bettenwechsels im Hochsommer einen Dauerstau. „Als Verkehrsplaner habe ich viel

Phantasie, aber für bestimmte Probleme gibt es keine Lösung. Die politischen Parteien laufen mit Scheuklappen herum“, so Stempel, der die stündliche Fähr-Kapazität mit 120 Fahrzeugen angibt. Nach seinen Berechnungen werden aber an Spitzentagen stündlich 180 Autos die Fähren nutzen wollen. „Dadurch wird es mehr als den halben Tag lang zum Dauerstau auf den Priwall kommen“, so Stempel. Der Grünen-Politiker Carl Howe bezeichnet die Ausführungen Stempels „als besorgniserregend“. Die Diskussion über die Verkehrsführungen müsse aus seiner Sicht auch jetzt schon geführt werden.

Der städtische Verkehrsplaner Helmut Schünemann verweist indes auf ein anderes Verkehrsgutachten, das der Waterfront-Investor in Auftrag gegeben hat. „Es gibt zwei Gutachten, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Das ist nichts Besonderes“, so Schünemann. Im B-Plan-Verfahren werde man sich mit diesem Thema intensiv beschäftigen. Schünemann. „Es gibt da kein Ja oder Nein. Es geht viel darum, welche Qualität des Verkehrsablaufs erreicht werden kann.“

Auch aus Sicht des verkehrspolitischen Sprechers der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Dirk Freitag, gibt es bei dem Thema kein großes Streitpotenzial. „Wenn der Bettenwechsel nur auf einen Tag in der Woche festgelegt wird, sind Probleme programmiert. Aber dafür gibt es ja keine Notwendigkeit – flexible Bettenwechsel sind sicher auch im Sinne des Investors“, so Freitag.

Von Sebastian Prey (LN online: 10.3.11)

Grüne unterstützen Klagen gegen das Großprojekt

Aufregung um die Lübecker Grünen: Sie unterstützen jetzt finanziell die Klage der Bürgerinitiative gegen das geplante Waterfront-Projekt auf dem Priwall – und scheren damit nur vier Wochen nach der Unterzeichnung aus dem Kooperationsvertrag mit Linken und SPD aus. Die Bündnispartner sind sauer. „Das ist schon ein merkwürdiges Verhalten der Grünen“, ärgert sich SPD-Fraktionschef Peter Reinhardt.

„Das steht im Widerspruch zu unserer Vereinbarung.“ Er wolle den Vorfall in der Kooperationskommission besprechen. „Darüber müssen wir uns unterhalten“, so Reinhardt.

„Da müssen die Grünen noch ein bisschen lernen“, kritisiert Linken-Kreischef Sascha Luetkens. Er spricht von einem „ungeschickten und nicht sehr professionellen Verhalten“. Bei

ihm habe die Nachricht für Irritation gesorgt, die er mit dem Bündnispartner klären wolle.
Luetkens: „Die Wähler werden sich auch die Frage stellen, was das jetzt soll.“

Der Hintergrund: Am 28. Februar hat die Mitgliederversammlung der Grünen beschlossen, zehn so genannte Priwall-Puzzle-Teile der Bürgerinitiative Behutsame Priwallentwicklung (BIP) für insgesamt 100 Euro zu kaufen. Mit dem Geld soll die „zu erwartende Gerichtsauseinandersetzung zum geplanten Waterfront-Projekt, das viele Priwallianer und auch die Grünen ablehnen“ finanziert werden, schreiben die Grünen. Damit wenden sie sich klar gegen den Kooperationsvertrag, in dem steht, dass die Bündnispartner der geplanten Ferienanlage auf dem Priwall zustimmen – „trotz teilweise bestehender ablehnender Haltung“.

Doch Spyridon Aslanidis vom Kreisvorstand der Grünen versteht die Aufregung nicht: „Wir stehen zu der Kooperationsvereinbarung nach wie vor.“ Die Grünen unterstützen die BIP-Klage, weil „das Waterfront-Projekt, das Vorhaben beziehungsweise der Kaufvertrag rechtlich, juristisch keine Ungereimtheit haben darf“, so Aslanidis. „Die Sache muss sauber sein.“ Weil die BIP finanziell nicht üppig ausgestattet sei, hätten die Grünen Geld gespendet.

Ob eine Partei das überhaupt darf, zweifelt aber Ragnar Lüttke, Fraktionsgeschäftsführer der Linken, an. Und gibt gleichzeitig zu: „Ich und Fraktionschefin Antje Jansen haben auch Puzzle-Teile von der BIP gekauft – aber als Privatpersonen.“ Er sehe darin keinen Bruch des Kooperationsvertrages, weil er das Anliegen der BIP sehr unterstützenswert finde. Lüttke: „Doch als Partei kann man das nicht machen.“

Bemerkenswert: Die Fraktions-Grünen haben sich wochenlang schwer getan, das Bündnispapier zu unterzeichnen, weil damit Grünes Licht für die Bebauung des Grünstrandes in Travemünde und für das Waterfront-Projekt auf dem Priwall gegeben wird. Erst nach zwei Monaten und durch ein Ultimatum der SPD war die Hängepartie beendet worden. (jvz, LN online vom 10.3.11)